

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

spd/III/72

Hannover, 18. Juni 1948  
Georgstr. 33/V

SPD und CDU

Zum Gespräch in Hannover

P.R. SPD und CDU zusammengenommen verkörpern heute neben der ausschlaggebenden Macht der Militärregierungen ziffernmäßig die beherrschende politische Kraft in Deutschland. Der Wunsch liegt nahe, sie praktisch wirksam werden zu lassen, um eine entsprechend breite Basis für bestimmte politische Entscheidungen zu gewinnen. Solche Überlegungen mögen für Konrad Adenauer mitgesprochen haben, als er zunächst in einem Telegramm an den Vorstand der SPD eine gemeinsame Protesterklärung gegen die Londoner Beschlüsse in der Ruhrfrage anregte, und auch auf diesem Vorhaben bestand, als ihm von sozialdemokratischer Seite höflich, aber bestimmt mitgeteilt wurde, die sachlichen Differenzen in dieser Frage machten eine solche Übereinstimmung unwahrscheinlich.

Wir wollen uns vor einer Mißdeutung der Motive Adenauers hüten und annehmen, der westdeutsche CDU-Chef wünschte eine gemeinsame SPD-CDU-Demonstration nicht, um seiner Partei den Nimbus einer "nationalen Initiative" zu verleihen und auch nicht, um dadurch das Schwergewicht der kommenden innerpolitischen Auseinandersetzung von unbequemen sozialen auf das bequemere nationale Thema zu verlagern. Aber gerade wenn er allgemeinen deutschen Interessen mit einem solchen Vorschlag zu dienen glaubte, sehen sich die maßgebenden Kreise der SPD zu größter Zurückhaltung veranlaßt. Nach ihrer Auffassung verlangt das deutsche Interesse vor allem zweierlei: zu erkennen und auszusprechen, was ist und weniger, was man sich wünscht und dann die Vermeidung eines jeden Schrittes, der geeignet wäre, gerade bei der Behandlung der Ruhrfrage die Psychose einer Art neuen passiven Widerstandes zu fördern, mit der das deutsche Volk schon einmal Schiffbruch erlitten hat. Wenn die CDU-Führung der Meinung ist, eine solche Einigkeitdemonstration würde gerade dazu dienen, irgend welchen Nationalisten den Wind aus den Segeln zu nehmen, so ist das nach sozialdemokratischer Auffassung ein verhängnisvoller Irrtum. Das Gegenteil wäre der Fall: Solch Spiel mit großen Worten würde jenen Leuten das Wasser erst recht auf ihre Mühlen treiben. Die Sozialdemokratie lehnt jede Politik ab, die sie für Gefahren mitverantwortlich machen würde, die aus einer Wendung zum Nationalismus mit Sicherheit entstehen müssen.

Der Ernst der Londoner Bestimmungen für die Ruhr ist der Sozialdemokratie wohl bekannt, ganz besonders einem Manne wie Fritz Henssler, Dortmund, der an dem Zwei-Stunden-Gespräch mit Adenauer und seinem Mitarbeiter teilnahm. Aber es ist sinnlos, die Dinge über den Ernst hinaus, der ihnen ohnehin innewohnt, zu dramatisieren. Die letzten 20 - 25 Jahre haben genug Beweise von der Kurzlebigkeit vieler Zustände und Entwicklungen erbracht, denen die meisten Menschen eine Dauer von Jahrzehnten oder gar Generationen gaben. Es ist ganz allgemein notwendig, weil allein möglich, den Weg einer etappenweisen Erleichterung unseres schweren Schicksals zu gehen und sich im besonderen Fall der Londoner Empfehlungen zur Ruhr daran zu erinnern, daß Bidault sich nur mit äußerster Not in seinem Parlament hat durchsetzen können. Das sollte uns zu denken geben. Die SPD steht schließlich auf dem Standpunkt, daß die vollkommen aufrichtige Darlegung des Standpunktes der einzelnen Partei im Interesse der politischen Klarheit und Sauerberkeit mehr wert ist, als eine zusammengekleisterte und verschömmene Übereinstimmung, die nur zu leicht ihren Niederschlag in Gemeinplätzen und Redensarten findet. Die sozialdemokratische Auffassung von der Unzweckmäßigkeit einer koalitionsmäßigen Zusammenarbeit von SPD und CDU unter den gegenwärtigen Umständen bleibt unverändert. Die letzte Abstimmung in Frankfurt über Wirtschaftsleitsätze nach der Währungsreform haben das unterstrichen.

Adenauer und Dillenburger haben kürzlich in der Zeitung "Die Welt" ausführlich gesagt, was sie zu London denken. Die Auffassungsunterschiede waren erheblich. Sie sind es auch nach dem Gespräch in Hannover geblieben. Andere Fragen wurden, wie wir hören, nur am Rande gestreift. Aber es ist durchaus möglich, daß man sich in absehbarer Zeit zu einem neuen Gespräch, diesmal vielleicht über ein anderes Thema, trifft. Solange es keine deutsche Regierung und kein deutsches Parlament gibt und da außerdem die Frankfurter Körperschaften Wirtschafts-Institutionen sind, wird man solche gelegentlichen Kontakte führender Parteileute nur begrüßen können. Aber man soll sich vor Sentimentalitäten und Unklarheiten hüten. Sie sind viel gefährlicher als Gegensätzlichkeiten im Rahmen des selbstverständlichen und deshalb auch nicht besonders zu betonenden Bewußtseins, daß jede Partei dem deutschen und dem europäischen Interesse zu dienen habe.

## Die große Chance

### Vorschläge zum Lastenausgleich

Von Rudolf Gerstung, Sozialreferent der SPD

Es ist notwendig, zusammen mit den Gewerkschaften die Forderung auf Schaffung eines Rahmengesetzes über Reichsschuldenregelung und Vermögensausgleich zu stellen, das als Grundlage für die kommende allgemeine Wirtschafts- und Sozialpolitik zu gelten hat. Der Geltungsbereich dieses Rahmengesetzes muß dasselbe Gebiet umfassen, für das die Währungsreform durchgeführt wird; die Länderhoheit müßte also hier eine Begrenzung erfahren. Folgende allgemeine Grundsätze müssen die Grundlage für das Gesetz sein:

1. Steuerung der Wirtschaft, um die neue Währung zu fundieren,
2. Steigerung des Sozialprodukts, und zwar
3. zugunsten der Schaffenden und Hilfsbedürftigen.

Die im Gesetz in einzelnen noch festzulegenden Erstattungsleistungen können nur aus zwei Quellen entnommen werden:

- a) aus dem unzerstört gebliebenen Rest der individuellen Vermögens- und Erwerbsvermögen durch eine Neuverteilung zugunsten der Kriegsgeschädigten,
- b) aus dem künftigen deutschen Sozialprodukt.

Gerade die Entnahme aus dem Sozialprodukt zugunsten der Geschädigten bedeutet eine starke Belastung der Wirtschaft und damit letztlich auch der schaffenden Menschen. Es ergibt sich daraus, daß die Erstattungsleistungen zeitlich begrenzt sein müssen und nach einer gewissen Zeit aufzuheben haben. Es ergibt sich ferner aus der Begrenzung der Erstattungsquellen, daß übertriebene Erwartungen nicht erfüllt werden können. Die Erstattungsleistungen sind daher auf die schweren Schäden zu beschränken, wobei die soziale Lage der Geschädigten berücksichtigt werden muß. Es muß ferner außerdem eine absolute Obergrenze festgesetzt werden, über die hinaus auch schwere Schäden nicht berücksichtigt werden können.

Ein interessanter und sehr beachtlicher Vorschlag wird von Fr. Gerhard Weisser gemacht, der die Gewährung fester Renten mit Kapitalisierungsmöglichkeiten und anforderlichenfalls, soweit es die Beschaffung von volkswirtschaftlichem Kapital aus dem Sozialprodukt gestattet, Gewährung von Kredithilfen an die schwergeschädigten Unternehmer vorschlägt. Kapitalisierungsmöglichkeiten von Renten können nach seiner Meinung für die Fälle vorgesehen werden, in denen der Geschädigte in volkswirtschaftlich gesunder Weise einen Betrieb errichten, eine Siedlungsgstätte einrichten, eine Wohnung erstellen oder zu einer Beseitigung finanziell beitragen will.

Nur lediglich eine Neuverteilung des unzerstörten Altvermögens wird den Bedürfnissen der Geschädigten nicht gerecht. Die Neuverteilung muß in einer Form geschehen, daß sich aus ihr der Anreiz oder notfalls der Zwang zur stärksten produktiven Leistung ergibt. Erst dann wäre die große Chance richtig wahrgenommen, die für die künftige deutsche Wirtschafts- und Sozialordnung in einem durchgreifenden Lastenausgleich liegt.

Neue Leitung der Berliner Gewerkschaften

W.B. Berlin, im Juni

Die Berliner Gewerkschaftsbewegung ist gespalten. Diejenigen, die dauernd von der Einheit reden, haben nochmals bewiesen, daß sie auch auf gewerkschaftlichem Gebiet nicht bereit sind, sich einer demokratischen Entscheidung zu unterwerfen. Die Delegiertenwahlen zur diesjährigen Stadtkonferenz des Berliner FDGB erbrachten, wie sich aus den Wahlprotokollen nachweisen läßt, eine klare Mehrheit für die unabhängige Gewerkschaftsopposition (UGO). Mit Hilfe eines verschrobene Wahlverfahrens und aller möglichen Schiebhungen war aber die Opposition auf der Stadtkonferenz im vorigen Monat nur mit 180 von 570 Delegierten vertreten. Weitere 100 Mandate waren der demokratischen Opposition willkürlich aberkannt und den SED-Leuten zugesprochen worden.

Verschiedene Verständigungsversuche scheiterten daran, daß die Kommunisten die ihnen 1945 von der russischen Besatzungsmacht übertragenen Positionen auf keinen Fall räumen wollten. Daraufhin blieb nichts anderes übrig, als eine kommissarische Leitung des Berliner FDGB zu bilden. Diese Leitung, die inzwischen ihre Büros in der Nürnberger Straße eingerichtet hat, besteht aus 25 Mitgliedern, darunter den Vertretern von sechs oppositionellen Verbänden, 10 Bezirksausschüssen und mehreren UGO-Delegierten der Stadtkonferenz, darunter Otto Suhr und Jacob Kaiser. Neben dieser Ausschüß ist eine hauptamtliche Organisationsleitung gebildet worden, an deren Spitze der junge Sozialdemokrat Scharnowski steht und der im übrigen erfahrene Gewerkschaftler wie Heinemann, Galle und Eichner angehören.

Bei den Oppositionsverbänden, die die Trennung vom kommunistischen Apparat vollzogen haben, handelt es sich um die Angestellten, Techniker und Werkmeister, Eisenbahner, Post- und Fernmeldewesen, Lehrer und Landarbeiter. Kommissarische Leitungen sind auch für den Metallarbeiterverband und für den Verband der öffentlichen Betriebe eingesetzt worden, da die auf den Verbandstagen erfolgten Wahlen unter Ausschluß der demokratischen Gewerkschaftler erfolgten. Inzwischen verlangen die Vertreter großer Betriebe, daß auch für andere Verbände kommissarische Leitungen gebildet werden. Bisher begnügt man sich allerdings mit der Einrichtung von Betreuungstellen.

Die drei westlichen Besatzungsmächte erkennen das Mandat der alten Gewerkschaftsführung nicht mehr an. Das hindert diese jedoch nicht, sich mit allen Mitteln an den Machtapparat zu klammern und auch vor Drohungen, Diebstählen und Überfällen nicht zurückzuschrecken. Im russischen Sektor hat man den demokratischen Gewerkschaftlern die Tätigkeit so gut wie unmöglich gemacht. Man geht jetzt sogar dazu über, jede Betriebsräte abzusetzen, die sich nicht an kommunistischen Volksbegehren beteiligen und sich nicht der kommunistischen Gewerkschaftsführung unterwerfen.

Die Berliner Arbeiter und Angestellten der großen Betriebe haben inzwischen durch ein noch nicht abgeschlossenes Gewerkschaftsbegehren gezeigt, daß sie die alte Leitung nicht mehr anerkennen. Die Betriebsrätewahlen sprechen auch eine deutliche Sprache. Auf der ganzen Linie hat sich der sozialdemokratische Einfluß verstärkt. Bei der BVG sind in diesem Jahr 203 sozialdemokratische Betriebsräte gegenüber 129 im vergangenen Jahr gewählt worden, während die Zahl der SED-Betriebsräte von 163 auf 110 zurückgegangen ist. Es gibt nur noch eine Möglichkeit, die Einheit der Berliner Gewerkschaften wieder herzustellen, nämlich durch eine Urabstimmung sämtlicher Mitglieder.

Die Gewerkschaftler in den westlichen Besatzungszonen können und dürfen sich gegenüber den Berliner Ereignissen nicht gleichgültig verhalten. Wenn die von ihnen angekündigte gewerkschaftliche Prinzipienklärung einen Sinn haben soll, dann müssen sie auch zur Kenntnis nehmen, daß die Adresse der Berliner Gewerkschaften nicht mehr die Wallstr., sondern die Nürnberger Straße ist.

Die Reparationsentnahmen Rußlands

sp. Die von Sowjetrußland bisher aus Deutschland bzw. aus dem deutschen Volkvermögen entnommenen Reparationen stellen nach Berechnungen und Schätzungen aufgrund sehr zuverlässiger Unterlagen folgenden Wert dar:

Demontage: a) aus der Ostzone.....	2,56	Mrd. Dollar
b) aus Berlin.....	0,60	" "
c) 25 % Anteil der SU an den Demontagen im Westen.....	0,48	" "
Deutsche Schiffe auf Reparationskonto.....	0,26	" "
Abschöpfung von Steuererträgen aus der Ostzone für verschleierte Reparationen..	3,60	" "
Reparationen aus der laufenden Produktion....	2,50	" "
	<hr/>	10,00 Mrd. Dollar
Hinzu kommt der Wert der Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen in Rußland.....	1,5	" "
Wert der abgetretenen Ostgebiete.....	26,0	" "
Vermögensverlust der ausgewiesenen Volksgenossen.....	16,2	" "
Insgesamt:	<hr/>	53,7 Mrd. Dollar

(b/B1/185/1/hs)